

Artikel vom 13.11.2017

Beschäftigung- und Soziales

Neues aus dem Ausschuss für Beschäftigung und Soziales

Bericht Jobcenter

Der Leiter des Jobcenters, Roland Kotsch, hat den ausführlichen Bericht über die Entwicklung im Jahr 2017 vorgetragen. Die Schwerpunkte sind Zuwanderung – Zahlen und Fakten, Herausforderungen und mögliche Lösungen. Insgesamt hatte das Jobcenter einen Zugang von rund 825 Neukunden davon 174 Kinder zu bearbeiten, darunter 482 Personen mit einem Asylhintergrund. Aktuell sind ca. 300 Personen mit Flüchtlingshintergrund noch in Sprachkursen. Für viele Migranten beginnt die Vermittlung in Arbeit nach Abschluss der Sprachqualifizierung. Durch sehr gute Kontakte zu Betrieben konnte das Jobcenter in den Branchen Baugewerbe, Lager/Logistik Hilfs- und Fachkräfte vermitteln. Durch zahlreiche Projekte konnten viele junge Menschen unterstützt werden. Beim Austauschen mit allen beteiligten Akteuren: Schule, Jobcenter, Berufsberatung, Berufsschule, beide Kammern, Jugendhilfe und Betriebe gelingt eine gut abgestimmte Begleitung der Schüler. Das Jobcenter hat das neue Projekt „Arbeitsbündnis Schule Beruf“ initiiert.

Bericht des Amtes für soziale Leistungen

Desweiteren hat Corina Büttner den Statusbericht des Amtes für Soziale Leistungen vorgestellt. Fallzahlenentwicklung, Rechtsänderungen im Bereich SGB XII – die Anhebung der Vermögensgrenze, Leistungsausschuss der EU-Ausländer oder Änderung der Unterkunftspauschale und damit verbundenen Zahlen im Haushalt 2018 wurden ausführlich vorgetragen.

Zuschüsse im sozialen Bereich Zahlreiche

Zuschüsse für soziale Verbände und einzelne Organisationen, die z.B. in der Migrationsberatung tätig sind, Schweinfurter Tafel und Bahnhofmission wurden beschlossen. Projekte im Bereich „gern daheim in Schweinfurt“ wie Deutschkurse, Sicherheitswacht, IBF-Arbeit oder Mehrgenerationenhaus Schweinfurt, die hauptsächlich der Integration der Neubürger dienen, wurden bezuschusst.

Beeindruckende Vielfalt der freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt wie z.B. für Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderung wurden erneut bestätigt.